

ATOMARES DEUTSCHLAND



Büchel	2
Berlin	7
Garching, München	11
Frankfurt am Main	15
Gronau, Jülich	19



Veröffentlicht von ICAN Deutschland
 November 2019, Felix Werdermann
 (V.i.S.d.P).
 Layout: Anne Balzer und Elisabeth Saar
 Weitere Exemplare können bei ICAN
 Deutschland bestellt werden.
 (office@ican.berlin / icanw.de/publikationen)

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Finanziert durch die Rosa Luxemburg Stiftung
 Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

Unsichtbare Orte

Deutschland hat mehr mit Atomwaffen zu tun, als die meisten Menschen wissen. Diese Broschüre will Licht ins Dunkel bringen

Deutschland und Atomwaffen? Das passt doch nicht zusammen! So denken wahrscheinlich viele Menschen in der Bundesrepublik. Und auch in internationalen Abkommen wie dem Nichtverbreitungsvertrag gehört Deutschland zu den Nicht-Atomwaffenstaaten. Doch leider ist die Bundesrepublik am nuklearen Wettrüsten beteiligt.

Mit dieser Broschüre wollen wir aufklären und einige Orte hierzulande sichtbar machen, die mit Atomwaffen zu tun haben: Im rheinland-pfälzischen Büchel lagern noch immer US-Atombomben, die im Ernstfall von deutschen Soldat*innen abgeworfen würden. Der Befehl zum Einsatz käme wahrscheinlich aus Stuttgart, wo das US-amerikanische EUCOM-Kommando seinen Sitz hat. Die Bundesregierung in Berlin

hält an den Atombomben fest und boykottiert den internationalen Verbotsvertrag. Derweil finanzieren zahlreiche Banken in Frankfurt das nukleare Wettrüsten.

Atomwaffen sind so zerstörerisch, dass selbst Material und Technologie zur Herstellung äußerst brisant sind. Auch hier ist Deutschland mit dabei: An der Technischen Universität München wird im Garching Forschungsreaktor atomwaffenfähiges Material verwendet, obwohl die Abrüstung schon seit Jahren versprochen wird. Und die

Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau ist in der Lage, innerhalb weniger Wochen atomwaffenfähiges Material herzustellen, und darf trotzdem ungehindert weiterlaufen. In Jülich bei Aachen werden die dafür verwendeten Zentrifugen erforscht, entwickelt und teilweise gebaut.

All diese Beispiele machen die Doppelmoral der Bundesregierung deutlich, die sich gerne als Vorreiterin für eine atomwaffenfreie Welt präsentiert. Die konkrete Politik sieht leider oft ganz anders

aus. Die Bürger*innen haben dazu eine klare Meinung: Umfragen belegen, dass sie für ein Verbot von Atomwaffen, für den Abzug der Bomben aus Büchel und gegen die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge für den Atomwaffeneinsatz sind – und zwar über alle Parteigrenzen hinweg.

Es wird Zeit, dass die Politik auf sie hört.



„Bombenballett in Büchel“, 7. Juli 2019. Foto: Ralf Schlessener

Geheime Bomben

Büchel – US-Atomwaffen sind auch in Deutschland stationiert. Bundeswehr-Soldat*innen üben regelmäßig den Abwurf. Jetzt sollen sogar neue Bomben kommen

Die Standorte und die Zahl der US-Atomwaffen in Europa sind eigentlich geheim. Mehrmals haben Bundestagsabgeordnete durch Anfragen an die Bundesregierung versucht, herauszufinden, wo und wie viele Atomwaffen in Deutschland lagern. Sie bekamen stets die Antwort, diese Informationen unterlägen der Geheimhaltung. Der Forscher Hans Kristensen recherchierte mit Hilfe von Satellitenbildern, Dokumentenrecherche über das Informationsfreiheitsgesetz in den USA und in Gesprächen mit Militärs mühsam die Orte und Zahlen der Atomwaffenstandorte und veröffentlichte 2005 eine Studie mit diesen Informationen (vgl. Kristensen 2005). Jetzt sind seine Erkenntnisse amtlich bestätigt worden. Im April 2019 veröffentlichte ein kanadischer Senator in einem Bericht für

die parlamentarische Versammlung der NATO genau jene Informationen: In Europa lagern 150 US-Atomwaffen, darunter 20 in Rheinland-Pfalz auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel (vgl. Day 2019).

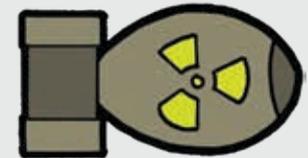
Inmitten der schönsten Urlaubslandschaft der Eifel – mit Wäldern, alten Vulkanen, tiefen Seen, hübschen Dörfern und endlosen Weinbergen – liegt dieser Stützpunkt mit 20 Atombomben vom Typ B61. Die Bomben werden in unterirdischen Gruben von US-Soldat*innen bewacht und sollen im Ernstfall von deutschen Bundeswehrpilot*innen über ihr Ziel geflogen und abgeworfen werden. Dieser Einsatz wird von den Pilot*innen regelmäßig mit Attrappen geübt. Diese Bereitstellung des Stützpunktes, der Flugzeuge und

Pilot*innen durch die Bundesregierung nennt man nukleare Teilhabe.

NUKLEARE TEILHABE

Fünf NATO-Mitglieder (Deutschland, Belgien, die Niederlande, Italien und die Türkei) beteiligen sich damit an der sogenannten nuklearen Abschreckung. Die USA stationieren die Atombomben, bewachen und warten sie, Deutschland macht den Rest. Momentan stellt die Bundesregierung dafür Tornado-Kampfflugzeuge bereit, aber deren Betriebszeit nähert sich dem Ende. Daher sollen sie gegen neue ausgetauscht werden.

Der Eurofighter (ein europäisches Projekt) oder die F/A 18 von Boeing (US-Produktion) sind in der engeren Auswahl (vgl. Wiegold 2019). Wie genau der Einsatz ab-



Atommächte im Jahr 2019

Land	Sprengköpfe
USA	6.185
Russland	6.500
Großbritannien	200
Frankreich	300
China	290
Indien	130–140
Pakistan	150–160
Israel	80–90
Nordkorea	(20–30)
Gesamt	~13.865

Quelle: SIPRI 2019

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, [...] sich [...] gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“

Beschluss des Bundestages 24.03.2010, Drucksache 17/1159



B61-Bombe,
Foto: Kelly Michals, Prima Air and Space Museum.

Atomwaffenstaaten (rot) und Staaten der nuklearen Teilhabe (orange), Eigene Darstellung mit mapchart.net.

laufen wird, ist streng geheim. Fest steht aber, dass die Verfügungsgewalt über die Atombomben von den USA an Deutschland übertragen werden muss, damit Bundeswehr-Soldat*innen sie einsetzen können. Völkerrechtler*innen sind der Meinung, dass dieses Szenario den ersten Artikel des Atomwaffensperrvertrages aushöhlt, laut dem nur offizielle Atommächte über diese Waffen verfügen dürfen.

Doch die Bundesregierung hat bei der Unterzeichnung des Vertrages einen Vorbehalt eingereicht, der besagt, dass Deutschland den „kollektiven Sicherheitsregelungen der NATO“ verpflichtet bleibt (Bundesrepublik Deutschland 1975). Implizit ist hier die Übertragung der Verfügungsgewalt gemeint. Diese Praxis ist älter als der Atomwaffensperrvertrag, der 1970 in Kraft trat.

Der Wissenschaftler Hans Kristensen hatte schon 2005 Bilder veröffentlicht, die zeigen, wie die US-Atombomben in Deutschland aussehen und gelagert werden. 1990 wurde auf dem Fliegerhorst ein

neues Atomwaffenlager errichtet, das maximal 44 Atombomben in elf versenkbaren Munitionsgrüften (Weapons Storage Security Systems, WS3) aufnehmen kann. So können die Atomwaffen unmittelbar unter den Flugzeugen gelagert werden, um einen schnellen Einsatz zu ermöglichen.

MODERNISIERUNG

Die Atombomben, die momentan in Europa stationiert sind, sind ältere Typen: Modell -3 und -4, wobei nicht bekannt ist, welches Modell in Deutschland gelagert wird, eventuell sind es beide. Beide Modelle haben eine variable Sprengkraft und können damit vielseitig eingesetzt werden: als sogenannte ‚Mini-Nuke‘ oder im Falle des Modells -3 mit einer höheren Sprengkraft von bis zu 170 Kilotonnen TNT. Die Maximalsprengkraft entspricht etwa dem 13-fachen der Hiroshima-Bombe, die bis zu 200.000 Menschen das Leben gekostet hat. Diese Atombomben sollen ab 2020 durch eine neue Version ausgetauscht werden: der B61-12.



Gelände des Fliegerhorsts Büchel in Rheinland-Pfalz.

Die Serienproduktion dafür hat bereits begonnen. Waren die älteren Modelle nur freifallende Bomben, die einfach aus dem Flugzeug abgeworfen und durch einen Schirm gebremst wurden, sind die neuen Bomben digital steuerbar. Sie bekommen ein lenkbares Heckteil und können damit viel präziser eingesetzt werden (vgl. Nassauer/ Piper 2012).

Anscheinend besitzen sie auch die Fähigkeit, unterirdische Ziele zu zerstören. Die Kombination dieser neuen Eigenschaften macht die Atombomben attraktiver für

einen tatsächlichen Einsatz. Das senkt im Krieg die Schwelle, Atomwaffen auch einzusetzen. Die Bomben könnten dadurch zukünftig weniger als rein abschreckende Mittel gesehen werden, sondern vielmehr als taktische Waffen, die man in einem Gefecht einsetzen kann, mit allen verheerenden humanitären Konsequenzen.

Die USA bauen insgesamt 480 dieser neuen Bomben für mehr als zehn Milliarden US-Dollar. Sie sollen alle bisherigen von Flugzeugen eingesetzten US-Atombomben ersetzen. Die USA verkaufen zu diesem

Zweck an die NATO-Mitglieder das F35-Kampfflugzeug, bei dem die passende Software bereits eingebaut ist (vgl. Kristensen/ Korda 2019).

BEDEUTUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es geht also um mehrere Milliarden Euro. Und nicht nur die Kampfflugzeuge selbst kosten Geld: Die neuen Systeme erfordern auch Investitionen in die Logistik und Wartung sowie die Ausbildung der Pilot*innen. Die Höhe der Kosten, die Deutschland für die Stationierung der B61-12 tragen muss, ist noch nicht bekannt. Schon heute wird die Infrastruktur des Fliegerhorsts Büchel erneuert, um die Atomwaffen auf längere Zeit zu beherbergen: Die Verbesserung der Landebahn und des Zaunes ist bereits im Gange.

Das Projekt der Aufrüstung der Atombomben, der Kauf von neuen Trägerflugzeugen und die Überholung der Infrastruktur für die

Lagerung zeigen, dass Deutschland an der nuklearen Teilhabe festhält.

Obwohl die Bundesregierung im Jahr 2009 und der Bundestag 2010 beschlossen haben, sich für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland starkzumachen, rückt dieses Ziel in weite Ferne (vgl. Deutscher Bundestag 2010). Die Bundesregierung plant offensichtlich, sich in den nächsten Jahrzehnten weiterhin an der nuklearen Bedrohung zu beteiligen, obwohl eine überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland ist.

Xanthe Hall, ICAN Deutschland



Anti-Atomwaffenaktivist in Büchel mit Bombenatrappe, Foto: Ralf Schlesener.

QUELLEN

Bundesrepublik Deutschland. 1975. Erklärung in Zusammenhang mit der Ratifikationsurkunde zum NVV.

Day, Joseph. 2019. A new era for nuclear deterrence. Modernisation, arms control, and allied nuclear forces. Brüssel: NATO Parliamentary Assembly.

Deutscher Bundestag. 2010. Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen. Drucksache 17/1159.

Kristensen, Hans. 2005. US Nuclear Weapons in Europe. A Review of Post-Cold War Policy, Force Levels, and War Planning. New York: Natural Resources Defense Council.

Kristensen, Hans, und Matt Korda. 2019. US Nuclear Forces 2019. Bulletin of the Atomic Scientists 75 (3): 122-134. doi: 10.1080/00963402.2019.1606503.

Nassauer, Otfried, und Gerhard Piper. 2012. Atomwaffen-Modernisierung in Europa. Das Projekt B61-12.

Wiegold, Thomas. 2019. Augen Geradeaus. Tornado-Nachfolge. Entscheidung zwischen Eurofighter und F/A-18 – F-35 aus dem Rennen. <https://augengeradeaus.net/2019/01/tornado-nachfolge-entscheidung-zwischen-eurofighter-und-f-a-18-f-35-aus-dem-rennen/>. Zugegriffen: 01.07.2019.

Atomwaffenverbot? Nein, Danke

Berlin – Die Bundesregierung präsentiert sich gerne als Vorreiterin in Abrüstungsfragen. Doch bis heute boykottiert sie den internationalen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Offiziell verfolgt die Bundesregierung das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. In Sonntagsreden erklären deren Mitglieder immer wieder, sie setzen sich für Fortschritte in der nuklearen Abrüstung ein. Doch wenn es konkret wird, kneift die Regierung: Sie boykottiert das internationale Atomwaffenverbot, das im Sommer 2017 von 122 Staaten beschlossen wurde.

Stattdessen klammert sie sich an den Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT), dem Deutschland schon 1975 beigetreten ist. Darin bekennen sich alle teilnehmenden Staaten zum Ziel der vollständigen nuklearen Abrüstung. Die atomwaffenfreien Länder dürfen sich diese Massenvernichtungswaffen nicht beschaffen und die offiziellen Atommächte

sind verpflichtet, ernsthaft über Abrüstung zu verhandeln.

Doch die Konferenzen, die in regelmäßigen Abständen den Fortschritt der im NPT festgelegten Abrüstungsschritte überprüfen sollen, endeten zuletzt häufig ohne nennenswertes Ergebnis. Die Bundesregierung möchte sich weiterhin für den Erhalt des NPT einsetzen und ihn zukunftsfähig machen. Wie das im Detail aussehen könnte, lässt sie allerdings offen (vgl. Auswärtiges Amt 2019).

NEUER IMPULS

Als in den Vereinten Nationen über einen neuen Impuls für die Abrüstung durch ein grundsätzliches Verbot von Atomwaffen diskutiert wurde, stand die Bundesregierung dem zunächst durchaus

offen gegenüber. Doch bei der Abstimmung über die Aufnahme von formellen Verhandlungen votierte Deutschland dagegen. Als wenige Monate später, am 7. Juli 2017, in New York der internationale Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) verhandelt und beschlossen wurde, war Deutschland nicht einmal anwesend.

BOYKOTT

Bis heute hält die Bundesregierung an ihrem Boykott des Abrüstungsabkommens fest. Aus Sicht der Großen Koalition können konkrete Fortschritte in der Abrüstung nur unter Einbezug der Atomwaffenstaaten selbst gelingen. Zudem würden Atomwaffen auch in Zukunft noch aus sicherheitspolitischen Gründen gebraucht, und letztlich bestünde sogar das Risiko,

durch ein Atomwaffenverbot die bisher bestehenden Abrüstungsverträge wie den NPT zu schwächen.

Diese Argumentation ist widersprüchlich vor dem Hintergrund, dass der NPT, den die Regierung als vielversprechendes Instrument der Abrüstung ansieht, ebenfalls nicht von allen Atomwaffenstaaten unterzeichnet wurde – Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea sind nicht Teil dieses Vertrages (vgl. Baumann 2017).

Auch sonst ist die Argumentation wenig überzeugend: Eine Erklärung zu Menschenrechten würde die Bundesregierung schließlich auch nicht boykottieren, nur weil einige Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, diese nicht unterstützen.

Und der Verbotsvertrag konkurriert oder widerspricht den Abrüstungsvorgaben des Sperrvertrages auch nicht, sondern ergänzt und stärkt diese, so steht es ausdrücklich im Abkommen. Wo sich die Verträge grundlegend unterscheiden: Der Verbotsvertrag spricht auch den Atommächten das Recht auf Besitz dieser Massenvernichtungswaffen ab. Ausnahmslos allen Ländern wird untersagt, Atomwaffen zu besitzen, zu entwickeln, zu testen, auf ihrem Territorium zu stationieren, sie einzusetzen oder damit zu drohen. Die Hilfe bei einer dieser Aktivitäten ist ebenfalls verboten.

ROLLE DER NATO

Der Standpunkt der Bundesregierung könnte am Druck durch die USA liegen. In einem internen Schreiben an andere Mitgliedsstaaten der NATO forderten die USA schon 2016 ihre Verbündeten dazu auf, sich nicht an den Verhandlungen zum TPNW zu beteiligen. Die NATO sieht die nukleare Abschreckung weiterhin als Teil ihrer militärischen Strategie an und will deswegen nicht auf Atomwaffen verzichten (vgl. NATO 2016).

Als Staat der nuklearen Teilhabe kommt Deutschland dabei eine besondere Rolle zu. In Rheinland-Pfalz lagern immer noch Atomwaffen der USA, welche im Ernstfall von der Bundeswehr abgeworfen werden könnten. Sollte Deutschland dem TPNW beitreten, müssten diese Atomwaffen abgezogen werden. Auch Atomwaffenstaaten können dem Verbotsvertrag beitreten, wenn sie entweder vorher ihre Arsenale vernichtet haben oder einen verbindlichen Zeitplan für die Abschaffung der Massenvernichtungswaffen vorlegen.

Mit ihrem Boykott der Verhandlungen zeigt die Bundesregierung ihre Doppelmoral: Sie will eine Welt ohne Atomwaffen, aber die tatsächliche Politik sieht anders aus. Die nukleare Abrüstung bräuchte dringend neue Impulse, um glaubwürdig zu bleiben.

SITZ IM SICHERHEITSRAT

Seit 2018 hält Deutschland einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und hat angekündigt, nukleare Abrüstung zu einem Schwerpunktthema zu machen. Bis auf einzelne Absichtserklärungen

und neue Formate zum Dialog und gemeinsamen Presseerklärungen sind allerdings keine Fortschritte erkennbar.

Eine entschlossene Strategie zur nuklearen Abrüstung muss mit dem grundsätzlichen Verbot von Atomwaffen beginnen.

In Deutschland treten nicht nur viele Oppositionspolitiker*innen sowie zahlreiche NGOs für das Verbot ein, auch in der Bevölkerung gibt es eine deutliche Mehrheit dafür. Auf internationaler Ebene manövriert sich die Bundesregierung mit ihrem Boykott ebenfalls ins Abseits: 122 Staaten haben das Verbot beschlossen, inzwischen wurde es schon von 79 Staaten unterschrieben (Stand: Sep 2019). Sobald es von 50 Ländern ratifiziert ist, tritt es 90 Tage später in Kraft.

Wenn die Bundesregierung weiterhin hinter dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt stehen will, führt in Zukunft am Atomwaffenverbot kein Weg vorbei.

Florian Eblenkamp, ICAN
Deutschland

„Wenn man die Gefahren anschaut – was ist die Alternative? Ist Nichtstun eine bessere Strategie? Auf ein Desaster warten ist keine Strategie.“

Alexander Marschik,
Politischer Direktor im
Österreichischen Außenministerium
bei der 1. Verhandlungsrunde zum TPNW



Die Bundesregierung nahm nicht an den Verhandlungen zum Verbot von Atomwaffen teil. Deutschlands Stuhl bei den Vereinten Nationen bleibt leer, Foto: ICAN

QUELLEN

Auswärtiges Amt. 2019. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV). <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/nukleare-abruestung-und-nichtverbreitung/nvv-node>. Zugegriffen: 01.07.2019.

Baumann, Susanne. 2017. Absage. Berlin: Auswärtiges Amt.

NATO. 2016. United States Non-Paper. Defense impacts of potential United Nations General Assembly Nuclear Weapons Ban Treaty.

Gefährliche Wissenschaft

Garching – Der Forschungsreaktor der Technischen Universität München arbeitet mit atomwaffenfähigem Uran. Seit Jahren wird die Abrüstung versprochen, doch bis heute hat sich nichts getan

Unverzichtbar für den Wissenschaftsstandort Bayern sei der Forschungsreaktor FRM II, erklärt stolz die Technische Universität München. Im nahe gelegenen Garching werden seit 2004 Neutronen für diverse Anwendungen in Grundlagenforschung, Industrie und Medizin erzeugt.

Doch es gibt eine Schattenseite: Betrieben wird der Forschungsreaktor mit atomwaffenfähigem Uran. Ein Brennelement enthält etwa acht Kilogramm Uran, das zu über 90 Prozent mit dem spaltbaren Isotop Uran-235 angereichert ist. Für die Konstruktion einer Atomwaffe nach dem sogenannten Kanonenrohr-Prinzip sind 50 kg dieses Materials nötig. Einige Expert*innen geben an, dass mit fortschrittlicher Technik bereits

sieben Kilogramm ausreichen (vgl. ISR 2017).

INTERNATIONALE NORM

Eigentlich hat sich schon seit UN-Konferenzen in den Jahren 1977 bis 1980 die internationale Norm herausgebildet, kein atomwaffenfähiges Material mehr in neuen Forschungsreaktoren einzusetzen. Die überwiegende Mehrzahl bestehender Reaktoren wurde seither auf niedrig angereichertes Uran (unter 20 Prozent Anreicherung mit Uran-235) umgerüstet oder ganz abgeschaltet (vgl. NAS 2016). Außerdem ist es gelungen, sogenannte Konversionsbrennstoffe zu entwickeln, in denen die hohe Anreicherung durch eine dichtere Packung der Uran-Atome ersetzt wird.

BRENNSTOFFLIEFERUNG

Gegen diesen Abrüstungs-Konsens verstößt der bayerische Forschungsreaktor FRM II eklatant. In Garching steht nicht nur der einzige größere Forschungsreaktor, der seit 1980 mit waffenfähigem Uran geplant und in Betrieb genommen wurde.

Die internationalen Abrüstungsbestrebungen wurden hier sogar regelrecht sabotiert. Denn der sogenannte Kompaktkern des FRM II verwendet die zur Umrüstung entwickelten hochdichten Brennstoffe und kombiniert sie trotzdem mit hoher Anreicherung.

Die hitzige Debatte um die Inbetriebnahme des FRM II reichte bis ins Außenministerium und

berührte die internationalen Beziehungen. Noch heute liefern die USA keinen Brennstoff für den FRM II, wie es zuvor für deutsche Forschungsreaktoren üblich war. Stattdessen wurden mehrere Lieferverträge mit Russland geschlossen. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass die Nachfrage aus Deutschland die Neuanreicherung von Uran in Russland angekurbelt hat (vgl. IPFM 2017). Aufgrund öffentlichen Protests wurde in die Betriebsgenehmigung aufgenommen, dass der Garchinger Reaktor bis 2010 immerhin etwas abgerüstet werden muss und das Uran dann zu höchstens 50 Prozent angereichert sein darf. Selbst diesen Minimalkompromiss hat die Technische Universität München bis heute nicht erfüllt: Das Versprechen, bis 2018 umzurüsten,

wurde erneut nicht eingehalten, und auch in naher Zukunft ist die Umrüstung nicht geplant.

KEINE ABRÜSTUNG

Bisher fokussieren sich die Forscher*innen hauptsächlich auf neue Uran-Molybdän-Brennstoffe mit einer noch höheren Dichte, die allerdings nach heutigem Stand frühestens in zehn Jahren verfügbar sein werden. Von Anfang an bestand die Option, den seit mehr als zwei Jahrzehnten einsatzbereiten Uran-Silicid-Brennstoff zu nutzen. Einige Publikationen, darunter Arbeiten von Forscher*innen der TU München selbst, legen nahe, dass die Umrüstungsaufgabe eingehalten werden könnte, ohne an Neutronenleistung einzubüßen. Lediglich die Form des Brennelementes müsste modifiziert und die Reaktorleistung leicht erhöht werden. Die TU München aber geht in Abwehrhaltung: Sie will weiter an Brennstoffen höchster Dichte forschen und den Reaktor vorerst nicht abrüsten.

ATOMMÜLL

Derzeit spitzt sich ein weiteres Problem zu, denn auch der Atommüll, der im Forschungsreaktor entsteht, ist hoch angereichert und damit prinzipiell waffenfähig. Ein Export in die USA ist wegen der Verletzung des internationalen Abrüstungskonsenses ausgeschlossen, eine Rückführung nach Russland wird wegen Sicherheitsbedenken nicht diskutiert. Im Vergleich zum Abfall aus Leistungsreaktoren ist die Menge zwar relativ gering. In knapp 15 Jahren Betrieb sind aber immerhin schon über 300 Kilogramm angereichertes Uran zusammengekommen, die jetzt in Form abgebrannter Brennelemente im Absetzbecken des Garching Reaktors lagern. Nun soll nicht unterstellt werden, dass die aktuelle Bundesregierung eine Bombe bauen möchte, aber sie muss den Stoff vor Diebstahl und Missbrauch schützen, mit allen nötigen Maßnahmen.



Garching FRM2, Forschungsgelände TU-München Garching. Foto: Graf-flugplatz/Creative Commons 3.0

Das Lagerbecken des FRM II fasst 50 Brennelemente und ist beinahe vollständig gefüllt. Um den Reaktor weiter betreiben zu können, sind Castor-Transporte ins mäßig gesicherte Zwischenlager im münsterländischen Ahaus geplant. Die Transportbehälter vom Typ MTR-3 wurden bereits zugelassen, die Einlagerung ist aber (Stand Mai 2019) noch nicht genehmigt. Über 70 Anti-Atom-Initiativen und Verbände fordern, die Transporte mit atomwaffenfähigem Material zu unterlassen. Stattdessen solle der Müll in Garching verdünnt und damit für Atombomben unbrauchbar gemacht werden.

Eine Verdünnung hat im Jahr 2001 auch die Reaktorsicherheitskommission, die das Bundesumweltministerium berät, als unumgänglich befunden – mitunter, um eine erneute atomare Kettenreaktion im langfristigen Atommülllager sicher auszuschließen. Die Betriebsgenehmigung des FRM II verlangt dementsprechend, dass ein geeignetes Verfahren entwickelt wird. Ähnlich wie bei der Umrüstung windet sich die TU München aus der Verantwortung:

Man wolle erst einmal die Bedingungen des Endlagers abwarten (vgl. BMU 2018). Vor dem Hintergrund, dass ein dauerhaftes Atommülllager bestenfalls erst in vielen Jahrzehnten verfügbar wird und vielleicht gar kein sicherer Ort gefunden werden kann, ist dieses Spiel auf Zeit unverantwortlich.

AUSBLICK

Muss hier nicht die Aufsichtsbehörde einschreiten? Das bayerische Umweltministerium zieht es vor, den Problemreaktor zu verteidigen und es erklärt die Umrüstungsaufgabe sogar für unwirksam (vgl. StMUV 2018).

Nach ernsthaften Ambitionen, den Abschied vom atomwaffenfähigen Uran in Deutschland einzuleiten, klingt das alles nicht. Es gibt zwar internationale Kontrollinstanzen und Sicherheitsvorschriften, die bisher auch funktioniert haben, der beste Schutz vor Missbrauch ist aber immer noch, überhaupt kein waffenfähiges Uran zu verwenden, zu lagern oder gar neu zu produzieren.

Hauke Doerk,
Umweltinstitut München

QUELLEN

BMU. 2018. Hochangereicherte abgebrannte Brennelemente des Forschungsreaktors München Garching. Bundesdrucksache 19/2276 (2018).

International Panel on Fissile Materials (IPFM). 2017. Production of new highly enriched uranium in Russia for the FRM-II in Germany.

ISR. 2017. Gutachterliche Stellungnahme zum Forschungsreaktor München II (FRM-II).

National Academy of Science (NAS). 2016. Reducing the Use of Highly Enriched Uranium in Civilian Research Reactors.

StMUV. 2018. Anfrage des Umweltinstituts an die bayerische Staatsregierung.

Das Geschäft mit dem Tod

Frankfurt am Main – Deutsche Banken investieren Milliarden in die Hersteller von Atomwaffen. Mit irreführenden Statements versuchen die Finanzinstitute, sich aus ihrer Verantwortung zu ziehen

Frankfurt gilt als die Hauptstadt der Banken, und aus den Hochhäusern der Mainmetropole wird leider auch das nukleare Wettrennen finanziert.

Deutsche Kreditinstitute investieren Milliardenbeträge in die Hersteller von Atomwaffen. Mit Abstand an erster Stelle steht dabei die Deutsche Bank (6,757 Mrd. Dollar), gefolgt von der genossenschaftlichen DZ Bank (1,525 Mrd. Dollar) und der Commerzbank (1,322 Mrd. Dollar).

In den Jahren 2017 und 2018 bekamen Firmen, die Atomwaffensysteme herstellen oder warten, insgesamt 11,67 Mrd. US-Dollar (10,36 Mrd. Euro) von elf deutschen Finanzdienstleistern, wie ein Report der Friedensorganisation Pax Christi herausgefunden hat.

Gleichzeitig sind die Bankkund*innen überwiegend gegen die Atomwaffengeschäfte. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag von ICAN hat im Sommer 2018 ergeben, dass 72 Prozent der Deutschen solche Investitionen inakzeptabel finden. Das Geschäft läuft trotzdem weiter.

Zu den Atomwaffen-Herstellern, die von dem Geld deutscher Banken profitieren, gehören Unternehmen wie Northrop Grumman, Honeywell, Boeing und Airbus.

BANKEN IN DEUTSCHLAND

Die Deutsche Bank versprach noch im Mai 2018, dass sie alle Geschäftsbeziehungen mit Herstellern von Atomwaffen beenden werde. Dennoch haben sich ihre Investitionen im Vergleich zum

INVESTITIONEN DEUTSCHER FINANZINSTITUTE IN ATOMWAFFENHERSTELLER	
Deutsche Bank	6.757.4
DZ Bank	1.525.1
Commerzbank	1.322.3
Allianz	936.7
BayernLB	518.6
IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft	163.2
Landesbank Hessen-Thüringen	148.1
KfW	115.1
Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)	115.1
Siemens	114.1
Munich Re	43.0

Angaben in Millionen US-Dollar

Quelle: *Shorting our Security - Financing the Companies that Make Nuclear Weapons*, S. 72-89.

vorherigen Report sogar noch erhöht. Auch die Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Spardabank stecken tief im Atomwaffengeschäft.

Ihre Zentralbank, die DZ Bank, vergibt gemeinsam mit 39 weiteren Banken einen sogenannten revolving Kredit an den Rüstungskonzern Airbus. Dieser revolving Kredit ermöglicht Airbus, sich jederzeit Geld zu leihen und es jederzeit wieder zurückzahlen – bis zu einer Maximalhöhe von drei Milliarden Euro und zu einem besseren Zinssatz als bei Krediten für Normalverbraucher*innen.

Die DZ Bank ist mit etwa 66 Millionen Euro an diesem Kredit beteiligt. Mit dabei sind auch staatliche Banken wie die Landesbanken Helaba, BayernLB, LBBW

sowie die bundeseigene KfW. Die Kreditlaufzeit endet 2021, danach kann der Kredit jedoch um weitere Jahre verlängert werden.

INVESTITIONEN

Union Investment, die Investmentgesellschaft der DZ Bank, investiert – laut ihren eigenen Prospekten – über ihre Fonds in mindestens zwölf Firmen, die für Frankreich, Großbritannien, Indien und die USA Atomwaffen herstellen. Darunter befindet sich mit etwa 400 Millionen US-Dollar das US-amerikanische Rüstungsunternehmen Northrop Grumman. Über den Fond UniGlobal wird dieses Investment in Atombomben auch an deutsche Privatanleger*innen verkauft, zum Beispiel durch die Riester-Rente.

In den offiziellen Stellungnahmen der DZ-Bank heißt es, dass Investitionen in Atomwaffen oder in Unternehmen, deren Kerngeschäft im Bereich der Atomwaffen liegt, ausgeschlossen würden. Tatsächlich ist es jedoch so, dass die Kredite in der Regel für ‚allgemeine Zwecke‘ vergeben werden, aber die tatsächliche Verwendung des Gel-

des kann von der Bank nicht mehr nachvollzogen werden, sobald die Firma das Geld erhalten hat. Die Banken können also nicht ausschließen, dass das Geld am Ende in den Bau von Atombomben fließt.

ICAN-KAMPAGNE

Durch eine von ICAN initiierte Mail-Kampagne forderten Kund*innen ihre Volks- und Raiffeisenbanken, Sparda Banken und weitere Mitgliedsbanken der DZ Bank dazu auf, alle Investitionen in Atomwaffen-Hersteller zu beenden. Obwohl die Kund*innen mit der Aktion deutlich gezeigt haben, dass sie mit solchen Investitionen nicht einverstanden sind, hat die DZ Bank bislang nichts an ihrer Investitionspolitik geändert.

Die Banken versuchen sich durch irreführende Statements aus der Verantwortung zu ziehen. So erklären beispielsweise die Commerzbank und DZ Bank in ihren offiziellen Richtlinien, dass sie nicht in Unternehmen investierten, deren ‚Kerngeschäft‘ im Rüstungsbereich liegt. Für Unternehmen, bei denen die Herstellung von Rüstungsgü-

tern und Atomwaffen nur einen kleineren Teil des Gesamtumsatzes ausmacht, gilt diese Richtlinie also nicht. So kann es sein, dass ein Unternehmen wie Airbus Group, dessen Kerngeschäft im Bereich



Zivilflugzeuge liegt, von den Banken finanziert wird, obwohl es gleichzeitig das zweitgrößte Rüstungsunternehmen Europas ist.

HANDLUNGSBEDARF

Banken brauchen eine Richtlinie, die alle Atomwaffen-Unternehmen von Krediten und Investitionen

ausschließt. Dazu gehört auch eine öffentliche Ausschlussliste mit den Namen der Atomwaffen-Firmen, mit denen keine Geschäftsbeziehungen eingegangen werden. Dies sind Maßnahmen, die Banken durchsetzen können, um sich nicht weiter am nuklearen Wettrüsten zu beteiligen. Die niederländische De Volksbank hat dies bereits umgesetzt. Vorbilder gibt es also schon.

Stand: Juni 2019

Lara Fricke, ICAN Deutschland

“20 Unternehmen sind wesentlich an der Instandhaltung und Modernisierung von Atomwaffenarsenalen beteiligt. Deutsche Banken investieren in 18 von diesen 20 Unternehmen.”

Recherche der Kampagne „Atomwaffen: ein Bombengeschäft“



QUELLEN

Beenes Maaïke, und Susi Snyder. 2018. Don't bank on the bomb. A global report on the Financing of Nuclear Weapons Producers. Utrecht: PAX.

ICAN Deutschland e.V. <https://atombombengeschaeft.de/diefakten/>. Zugegriffen: 01.07.2019.

Wischmeyer, Nils. 2018. Banken investieren Milliarden in Atomwaffen-Produzenten. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/atomwaffen-banken-investieren-milliarden-in-atomwaffen-produzenten-1.3894464>. Zugegriffen: 01.07.2019.

Wollschied, Carolin. 2018. So finanzieren deutsche Banken mit ihren Milliarden die Rüstungskonzerne. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nukleare-waffen-werden-oft-von-deutschen-banken-finanziert-15482069.html>. Zugegriffen: 01.07.2019.

„Der einfachste Weg zur Bombe“

Gronau – Die Urananreicherungsanlage in Westfalen ist technisch in der Lage, atomwaffenfähiges Material herzustellen. Trotz des Atomausstiegs darf die Fabrik unbegrenzt weiterlaufen

Auch Deutschland kann nach Fachmeinung innerhalb weniger Wochen genug Uran so hoch anreichern, dass damit eine Atom-bombe hergestellt werden kann (vgl. Werdermann 2013). Grundlage dafür ist der fortgesetzte Betrieb der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau sowie der Besitz der dahinterstehenden Zentrifugentechnologie am Standort Jülich bei Aachen. Die Urananreicherung gilt als „einfachster Weg zur Atom-bombe“, so hat es Michael Sailer formuliert, Chef der Entsorgungskommission der Bundesregierung.

Schon 2007 hatte der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ebenfalls unmissverständlich gewarnt: „Diese aufwändige Technologie ist aber auch der Schlüssel zu Atomwaffen“. Gemeint hatte Steinmeier damals

den Iran. Die für die Urananreicherung genutzte Zentrifugentechnologie wurde jedoch ursprünglich nach dem Zweiten Weltkrieg von deutsch-österreichischen Wissenschaftler*innen unter Leitung von Gernot Zippe für das sowjetische Atomwaffenprogramm entwickelt (vgl. Füßl/ Röschner 2010). Und sie kommt auch bei der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau zum Einsatz.

URANANREICHERUNG FÜR DEN WELTMARKT

Die Gronauer Anlage wird seit 1985 von der Firma Urenco betrieben, einem Zusammenschluss des britischen und niederländischen Staats zusammen mit den deutschen Energieriesen RWE und Eon. Der Firmensitz liegt in Großbritannien (vgl. Urenco 2019). Die Anlage in

Gronau ist vom deutschen Atomausstieg ausgenommen und darf auch dann noch weiterlaufen, wenn alle Reaktoren in der Bundesrepublik abgeschaltet sind.

Grundlage der Urananreicherung ist der Vertrag von Almelo aus dem Jahr 1970. Darin hatten die Regierungen von Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden die friedliche Nutzung der Technologie festgelegt. Damals sollte noch keine Urananreicherungsanlage in der Bundesrepublik gebaut werden, weil man nur 25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die atomwaffentaugliche Technologie nicht vollends in deutsche Hände geben wollte. Doch die unterschiedlichsten Bundesregierungen setzten sich vehement für den Bau einer solchen Urananreicherungsanlage in (West-)Deutschland ein – mit Erfolg. Inzwischen ist die Gronauer Anlage so groß,

dass sie fast ein Zehntel des Weltmarktes für angereichertes Uran beliefert, darunter auch die Pannereaktoren im belgischen Tihange und Doel, mehrere Reaktoren in der Ukraine sowie Atomkraftwerke in Japan und womöglich bald auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Rund die Hälfte der Produktion aus Gronau geht seit 2016 in die USA. Weitere Urananreicherungsanlagen betreibt Urenco in Almelo (NL), Capenhurst (UK) sowie Eunice (USA) – was für insgesamt fast ein Drittel des Weltmarktes reicht.

ZIVIL ODER MILITÄRISCH?

Seitens der Bundesregierung und der Urenco-Miteigentümer RWE und Eon wird immer wieder die zivile Nutzung der Urananreicherung betont. Dazu wird der Anteil

„Letztlich erlaubt wohl nur der Verzicht auf beide Nutzungen der Kerntechnik – eine doppelte Null-Lösung – die Umsetzung der Vision einer atomwaffenfreien Welt.“

Otfried Nassauer



Foto: Michael Schulze von Glaßer.

von Uran-235 im natürlich vorkommenden Uran mit Hilfe von Zentrifugen auf ungefähr fünf Prozent erhöht. Dies ist notwendig, damit später im Reaktor die Kettenreaktion im Gang bleibt. Das angereicherte Uran wird dann zur Brennelementproduktion für Leistungsreaktoren verwandt. Die einzige deutsche Brennelementefabrik steht im emsländischen Lingen, etwa 35 Kilometer nördlich von Gronau.

Was die Technologie so brisant macht, ist die Tatsache, dass sich mit denselben Zentrifugen auch jeder andere, wesentlich höhere Anreicherungsgrad erreichen lässt. Entscheidend sind vor allem die Anzahl der Zentrifugen und die Menge des zur Verfügung stehenden Ausgangsmaterials. Die Zentrifugentechnologie unterscheidet nicht zwischen zivil und militärisch. Die konkrete Anwendung ist daher eine rein politische Entscheidung. Eine andere Bundesregierung könnte das Uran in Gronau erheblich höher anreichern lassen und auch für eine militärische Verwendung zulassen.

Zudem besteht die Gefahr des Missbrauchs durch Mitarbeiter*innen in der Urananreicherungsanlage. In Deutschland existiert in Jülich die wenig bekannte Urenco-Tochterfirma ETC (Enrichment Technology Company), welche die Zentrifugen erforscht, entwickelt und teilweise baut (vgl. ETC 2019). Damit verfügt die Bundesrepublik auch über das technologische Herzstück der Urananreicherung.

KONTROLLEN HABEN VERSAGT

Im Laufe der Jahrzehnte gab es viele Versuche an die Zentrifugentechnologie zu kommen. Erfolgreich war der Diebstahl von Dr. Abdul Quadeer Khan, der in den 1970er-Jahren bei einem Urenco-Zulieferer arbeitete, Blaupausen aus der Anlage in Almelo entwendete und damit später zum ‚Vater der pakistanischen Atombombe‘ wurde. Zudem verkaufte er sein Wissen an Nordkorea und den Iran. Eine Urananreicherungsanlage ist somit immer ein Risiko für die Weiterverbreitung.

Auch im angeblich zivilen Bereich setzt womöglich eine schleichende Militarisierung ein. So offenbarte das US-Energieministerium 2014, dass Urenco bereits seit Jahren versucht, angereichertes Uran an die US-Reaktoren in Watts Bar zu liefern, die als sogenanntes Nebenprodukt auch Tritium für die Erneuerung von US-Atomsprenköpfen erzeugen. Damals lehnten die USA das Urenco-Angebot ab, mit dem Verweis, Urenco sei kein US-Unternehmen (vgl. GAO 2014). Da die USA jedoch keine eigene Urananreicherung mehr besitzen, könnte diese Barriere in Zukunft fallen. Dann würde Urenco das US-Atomwaffenprogramm indirekt mitbeliefern – womöglich dann auch aus Gronau.

URANANREICHERUNG BEENDEN

Anti-Atomkraft-Initiativen fordern schon lange die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage und ein Ende der Zentrifugentechnologie. Zum einen würde so die Belieferung von altersschwachen

und störanfälligen Reaktoren in aller Welt gestoppt und der zivile Atomausstieg in Deutschland komplett umgesetzt. Zum anderen würde die Bundesregierung damit auch als erste Industrienation freiwillig diesen wichtigen Schlüssel zur Atomwaffenproduktion wieder aus der Hand geben – friedenspolitisch wäre dies ein international enorm wichtiges und notwendiges Signal im Ringen um eine weltweite nukleare Abrüstung.

Matthias Eickhoff,
Aktionsbündnis Münsterland
gegen Atomanlagen

Weitere Informationen hierzu unter: Der Uranatlas. Daten und Fakten über den Rohstoff des Atomzeitalters. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/40912/der-uranatlas/>.

QUELLEN

Enritec (ETC). 2019. www.enritec.com. Zugegriffen: 01.07.2019.

Füßl, Wilhelm, und Matthias Röschner. 2010. Archiv. Archiv Info Deutsches Museum 11 (2): 1-8.

Nassauer, Otfried. Atomwaffen und Atomenergie - siamesische Zwillinge oder doppelte Null-Lösung? <http://www.bits.de/public/pdf/hbs-band12.pdf>. Zugegriffen: 12.09.2019

United States Government Accountability Office (GAO). 2014. Report to Congressional Requesters. Department of Energy. Interagency Review Needed to Update U.S. Position on Enriched Uranium That Can Be Used for Tritium Production.

Urenco. 2019. <https://urencocom/>. Zugegriffen: 01.07.2019.

Werdermann, Felix. 2013. Atomdeal mit Folgen. <https://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/atomdeal-mit-folgen>. Zugegriffen: 01.07.2019.

Ehemalige Atomwaffen- lager in Deutschland

Ahlhorn	Ennigerloh-	Jever	Moorriem	Sembach
Albach	Westkirchen	Kapellen	München-	Sennelager
Altenburg	Erlangen-	Kellinghusen	Hochbrück	Siegelsbach
Alten-Buseck	Uttenreuth	Kemel	Münsingen	Söllingen
Arsbeck-	Erle	Kettershausen	Münster-Dieburg	Steinborn in
Wegberg	Eschborn	Kitzingen	Münster-Handorf	der Eifel
Aschaffenburg	Euskirchen	Kleingartach	Mutlangen	Stetten am
Bad Kissingen	Falkenberg an	Kornwestheim	Neuruppin	kalten Markt
Baden-Söllingen	der Elster	Köppern	Neuthymen	Stolznhain
Balesfeld	Feucht	Köthen	Nideggen	Treysa-Rörshain
Baumholder	Finsterwalde	Kriegsfeld	Nörvenich	Trier
Bedburg	Fischbach bei	Laarbruch-Weeze	Oberauerbach	Troisdorf-
Bellersdorf	Dahn	Lärz	Oberolmer Wald	Altenrath
Bimbach-	Friedrichshafen	Lahn	Urlau	Uthuisen
Großenlüder	Fulda-Kleinlüder	Lahr	Oedingen	Varrelbusch
Bitburg	Geilenkirchen	Landau	Oldenburg	Villingen
Blankenheim	Germersheim	Landsberg	Opherdicke	Vilseck
Borgholzhausen	Giessen	Landsberg-	Ostbevern-	Vörden
Böttingen	Görisried-	Leeder	Schirlheide	Wackernheim
Brand	Oehsenhof	Parchim	Parchim	Wagelfeld
Brimmingen	Griesheim	Pforzheim-	Pforzheim-	Wahner Heide
Brüggen	Groß Dolln	Pfllendorf	Wurmberg	Waldbroß
Büchel	Großenhain	Phillipsburg	Pfllendorf	Waldstetten
Büecke	Grünstadt	Pydna	Quirnheim	Walsrode
Büren	Hahn	Lennestadt	Radolfzell-	Weilerbach
Burbach	Hanau-Erlensee	Liebenau	Stahren	Welschbillig
Crailsheim	Hardheim	Lohne	Ramstein	Werl
Dallau	Hasselbach	Lüdenscheid-	Reitscheid Rieb-	Werneuchen
Datteln	Haßloch	Stilleking	nitz-Damgarten	Westerscheps
Delmenhorst-	Hecken	Lychen II	Riedheim-	Wiesbaden
Adelheide	Heilbronn-	Mainbullau	Günzburg	Wiesmoor
Dexheim	Waldheide	Mainz-Lerche-	Stuttgart	Wildenrath
Diepholz	Hemau	berg	Straßburg	Wittstock
Diersfordt	Herzogenaurach	Marienheide	Zürich	Wüschheim
Donauaeschin-	Hinsbeck	Maßweiler	Liechtenstein	Wüschheim II
gen-Weisswald	Hohenkirchen-	Mehlingen	Österreich	Wuthenua
Dornum	Mederns	Memmingen		Xanten
Dortmund	Hohenstein	Menden		Zerbst
Dörverden-	Honthelm	Mengen		Zweibrücken
Diensthop	Hopsten	Merseburg		(vgl. Atomwaffen
Dülmen-Visbeck	Hünfeld	Meyn		A-Z 2019)
Dünsen	Idenheim	Miesau		
Enkenbach	Inneringen	Montabaur		



Erstellt nach: Atomwaffen A-Z. 2019. <https://www.atomwaffena-z.info/?id=150>.
Zugegriffen: 01.07.2019.

ÜBER ICAN



Aktion zum 1. Jahrestag des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen am Alexanderplatz, Foto: Ralf Schlesener.

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist eine globale Koalition von Nichtregierungsorganisationen, die für eine atomwaffenfreie Welt arbeiten. Die deutsche Sektion ist seit 2014 ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und laut Satzung der Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet. Mit über 500 Partnerorganisation in mehr als 100 Ländern haben wir am 7. Juli 2017 ein wichtiges Ziel erreicht: Die Verabschiedung eines UN-Vertrages zum Verbot von Atomwaffen. Nun setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland diesem Vertrag beitrifft.





ICAN Deutschland e.V.

Körtestr. 10
10967 Berlin
Telefon: 030 / 54908340
E-Mail: office@ican.berlin
www.icanw.de

In Kooperation mit:

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politi-
sche Bildung e. V.**

Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon: +49-(0)30-44310-0
Fax: +49-(0)30-44310230
E-Mail: info@rosalux.org
Internet: www.rosalux.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

icanw.de/mitmachen

Facebook: @ICAN.Germany

Instagram: @icangermany

Twitter: @ican_de

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

www.icanw.de/jetztspenden

Spendenkonto:

Empfänger: ICAN Deutschland e.V.

Stichwort: Atomwaffenverbot

IBAN: DE58 4306 0967 1180 4469 00

BIC/SWIFT: GENODEM1GLS